

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise von 10 bis 12 Mark jährlich, halbjährlich 5 bis 6 Mark, vierteljährlich 2 bis 3 Mark. Einzelhefte 10 Pf. Druck und Verlag von der Dresdner Volkszeitung, Dresden, Neumarkt 17.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die halbpaltene Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berendungen 20 Pf. Insetrate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 299.

Dresden, Montag den 27. Dezember 1909.

20. Jahrg.

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Werbt neue Leser für die Volkszeitung — neue Kämpfer für den Sozialismus!

Ernst, ereignisreich und zukunftsbedeutsam ist die gegenwärtige Zeit. Die deutsche Politik und die Politik Sachsens stehen vor wichtigen Entscheidungen, die für die gesamte arbeitende Bevölkerung von größter Tragweite sein werden.

Im Reiche ist die jämmerliche Blockpolitik eines Bülow gefallen. Die Reaktionsparteien haben den Sieg ihrer volksfeindlichen Steuerpolitik durchgesetzt, aber in den Lagern der bürgerlichen Parteien herrscht verzweifelte Verwirrung und bebende Angst vor dem rächenden Zorn des enttäuschten, betrogenen Volkes. Auch in Sachsen muß es sich entscheiden, ob die konservative Niederlage bei den letzten Landtagswahlen vervollständigt und besiegelt werden soll durch eine volkstümlich vorwärts schreitende Politik, wie sie die Sozialdemokratie vertritt.

Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens regt sich ein mächtiges Werden und überall ist die Arbeiterklasse die Trägerin des Neuen, das aus verrotteten Zuständen Befreiung bringen soll.

In solchen Zeiten ist es mehr denn je nötig, die noch schlummernden Geister zu erwecken, die noch untätig beiseite Stehenden herbeizuziehen und die Kämpferarmee der Arbeiterklasse um neue Massen zu mehren. Voraussetzung hierfür aber ist, daß die Propaganda für das Blatt der Sozialdemokratie in jene Kreise getragen wird, damit sie sich frei machen können von dem kleinlichen Klatsch und den volksfeindlichen Einflüsterungen der kapitalistischen Presseorgane.

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Nützt die günstige Stunde mit aller Kraft! Werbt neue Kampfgenossen für unsern heiligen Freiheitskrieg, indem ihr neue Leser gewinnt für eure

Dresdner Volkszeitung!

Der Hehrenthalische Hochverratschwindel entlarvt.

Wien, 24. Dezember 1909.

Der Prozeß Friedjung, diese Wiener Ausgabe des Agrarhochverratsprozesses, endet mit einem großen Gelächter. Herr Friedjung, der Historiker, der Vertrauensmann Hehrenthals, den das Auswärtige Amt und die Umgebung des Thronfolgers mit Dokumenten über den serbischen Hochverrat ausgerüstet hatten, hat den angeblichen Hochverräter solenn Abbitte geleistet und anerkannt, daß er und seine Auftraggeber sich von einem plumpen Fälscher hatten hintergehen lassen. Es blieb in der Tat nichts anderes übrig. Schlag auf Schlag waren die Entlarvungen gefolgt. Das verbürgteste Dokument, das einzige, von dem Friedjung eine Photographie des Originals vorweisen konnte, sprach von der Anwesenheit des Vizepräsidenten des Slavanski Zug, des Professors Markowitsch, in Belgrad und trug seine Unterschrift. Aber gerade in den entscheidenden Tagen, vom 24. Oktober bis zum 10. November 1908, weilte Markowitsch gar nicht in Belgrad, sondern, wie auf Requisition des Gerichts die Berliner Polizei feststellte, in der deutschen Reichshauptstadt, und lernte dort Professor List und Kammergerichtsrat Dr. Mayer

kennen. Nun waren aber alle „Protokolle“ von einer Hand geschrieben; war das eine neue Fälschung, so waren es die anderen auch. Noch mehr. Wie jenes Dokument formal, so war inhaltlich das wichtigste der angebliche Bericht des Sektionschefs Spalajkowsch an seinen vorgelegten Minister. Auch dieses ist als Fälschung erwiesen; es redet von Vorarbeiten für eine Anleihe, die tatsächlich seit sieben Monaten bereits votiert war. Das Gegenstück bildet ein „Brief“, der von kommenden Wahlen in Kroatien redet, während sie an dem fraglichen Tage bereits vollzogen waren. Die Sachverständigen wiesen in dem Bericht des Spalajkowsch ein barbarisches Gerächel nach, einen Stil und Ausdruck, den der ängstlich wortgewandte Sektionschef nie konnte gebraucht haben. Und so fort. „Schriftstück“ für Schriftstück. Auch der Theatercoup mit der Entlarvung des Abgeordneten Supilo verpuffte zuletzt. Grinistler Bärenreiter, der im Auftrage Hehrenthals den Ausgleich zustande brachte, hat dem Schwerebeschuldigten eine förmliche Ehrenerklärung gegeben.

Man hatte von vornherein auf Fälschungen geschlossen, eine so plumpe Wache mußte überraschen. Wie konnte der Geschichtsforscher Friedjung dergleichen Wische als echt hinnehmen, wie konnte er noch im Gerichtssaal auf seine bei Rommen und Sifel erworbene Schulung hinweisen, um die Glaubhaftigkeit der Dokumente zu bekräftigen? Und wenn ihm bei Unkenntnis der Sprache die Mittel fehlten, die äußere Glaubwürdigkeit zu prüfen, so genügt doch bei so plumpem Gemach die inneren Widersprüche, die Wertlosigkeit dieser Quelle zu durchschauen. Es müßte schlimm um den gefeierten Geschichtsschreiber stehen, wenn er nicht einmal das Datum der Dokumente mit dem Datum der Ereignisse vergliche! Die Wahrheit ist: er hat überhaupt nicht geprüft, er hat es genug sein lassen an der Tatsache, daß sie im Auswärtigen Amt für echt gehalten wurden, und in seiner blinden Verehrung für Hehrenthal sich berechtigt glaubt, auf Grund dieser Papiere verschiedene Leute des Hochverrats zu beschuldigen. Schwer beschädigt kehrt er aus dem Gerichtssaal heim. Allein er ist ein Privatmann, nicht ein, sondern das Auswärtige Amt und dessen Leiter trifft die schwerste Schuld. Was ist's mit dem berühmten Scharfbild Hehrenthals, der seine Haltung zu einem Nachbarstaat rüdt nach Fälschungen, die ein kroatischer Dreigroßhändler fabriziert hat? Wie trefflich ist die Monarchie in Serbien vertreten, wenn dort weder der Verräter noch sein Personal die Sprache des Landes genügend beherrschen, um ein unorthographisches Geschreibsel von der Staatsdruckerei eines gebildeten Mannes zu unterscheiden. Wir werden beweisen, daß die Fälscher es mit sehr dummen Leuten zu tun hatten.“ sagte in dem Prozeß der Verteidiger der Serbokroaten. Und er hat mehr bewiesen: daß diese dummen Leute unsere leitenden Diplomaten sind.

Der Eindruck des Prozesses ist für unsere Patrioten niederdrückend, beschämend, geradezu vernichtend. In der Danziger Armeezeitung, die früher tapfer mit geldmächtiger Hatz, tut heute der Herausgeber Reue und Buße. Zerknirschung schreibt er: „Diese Dokumente waren bestimmend — oder wenigstens mitbestimmend — sowohl für unsere auswärtige wie für unsere innere Politik. Wir wissen aus dem Munde Dr. Friedjung's selbst, daß Oesterreich durch die Publikation dieser Dokumente in Europa den Beweis liefern wollte, daß es zum Krieg gegen Serbien gezwungen sei. Und daß diese Dokumente auch auf unsere innere Politik von bestimmendem Einfluß waren, beweist ja die Auslage des Abgeordneten Pfarers Jarozatsch, dem von dem Erzherzog-Thronfolger eine Audienz verweigert wurde, weil er Mitglied der des Hochverrats verdächtigen Koalition sei.“ Das ist richtig, doch aber noch lange nicht alles. Trotz des Belgrader Presserummels und der perfidischen Rüstungen hätte das Gefühl der Kriegsgefahr sich nie so bedrückend auf die Gemüter gelegt, wäre jenes Phantom des Verrates nicht gewesen. Und das Phantom des Verrates hat im Prozeß über Unschuldige hunderte Jahre Zuchthaus herabgeschworen, es hält die Herrschaft des Vanus Rauch, der seit zwei Jahren ohne Landtag wie ein Satrap wirtschaftet, es hemmt die Verwirklichung der bosnischen Verfassung. Ja selbst die Gesetzesverfassung ist hineingezogen in den Strudel, hat sie doch auf Grund der „Dokumente“ ihre Dispositionen zur Bekämpfung der Banden aufgestellt, und erst recht der Thronfolger, der seine Betreuen anwies, den Verrat der Serbokroaten als Argument gegen Kossuth, den Minister des Kaisers, zu verwenden. Das schönste ist nun — und auch das erfährt man erst jetzt —, daß die Herren eben kräftig gemarnt waren. Denn das selbe Denunziatorengesindel hatte doch selbst den Korpskommandanten in Agram und das 70. Infanterie-Regiment hochverräterischer Neigungen verächtigt, wie man denn im Prozeß auch darüber belehrt wurde, daß das Geschäft mit gefälschten Dokumenten seit 1870 in Kroatien blüht und gedeiht. Unter solchen Umständen fällt für Hehrenthal jede Entschuldigung, der berühmteste Diplomat hat sich im Sandumdrehen in den blamiertesten verwandelt. Er müßte verschwinden, enthielte dies nicht zugleich das Eingeständnis, daß der ganze sogenannte Erfolg der Annexion nur ein Bluff war.

Eine politische Elendstheorie.

Gewisse U. Pannetock hat eine eigenartige Entdeckung gemacht: er hat für das Gebiet der politischen Rechte die Verelendungstheorie gefunden, die für die wirtschaftliche Entwicklung, fälschlicherweise unter Partei von ihren Gegnern angeführt wird. Zu dieser Entdeckung ist Pannetock im Verlauf einer Diskussion gelangt, die er toeben mit dem Universitätsrat hatte.

Gewisse Pannetock hatte in seiner Artikelkorrespondenz, die von mehreren Parteiblättern gedruckt wird, „demokratische Illusionen“ in meiner Schrift über „Verfassungswesen und Verfassungskämpfe in Deutschland“ zu bemerken geglaubt. Ich sollte mich einer illusionären Beurteilung der demokratischen Rechte durch folgende Sätze schuldig gemacht haben:

„Das Streben nach der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung erwacht mit unumkehrlicher und sich immer erneuernder Kraft aus dem Seelen Grunde der zur Kultur gelangenden Völkern.“ „Die volle Gleichberechtigung der Staatsbürger (spricht alle Fähigkeiten aus höchste an, entbehrt den Weiteren alle um die 5. te Leistung, läßt unerwünschte Kräfte ausfallen, und ihnen die Gesamtheit immer neues Leben giebt.“

Diese aus dem Zusammenhang gezogenen zwei Sätze waren für Gewissen P. ein hinreichender Beweis, daß ich mich bezüglich der demokratischen Volksrechte in Illusionen befinde, er widmet einen ganzen Artikel der Belehrung, daß für die Arbeiterklasse das politische Recht nur ein Mittel zum Zweck sei, daß politische Gleichberechtigung nichts bedeute, solange die wirtschaftliche Ausbeutung dauere. Ich habe darauf in einigen Parteiblättern, die Pannetock's Ausführungen gebracht hatten, eine Erwiderung veröffentlicht, daß es sich elementarer Belehrung nicht bedürft hätte weil der von P. vermehrte Gedanke kein Weg in meine Schrift fehlt, wenn auch vielleicht nicht genau in der Fassung und Schablone, wie es die Pannetock'sche Schulgrammatik erfordert.

Gleichwohl beharrt nun Gewisse Pannetock in einer Replik bei seiner früheren Behauptung. Doch er wiederholt nur in anderen, nicht besseren Variationen; ich soll „das Lob der Demokratie ohne Sozialdemokratie“ genügen, ich soll nicht genug von Sozialismus und Klassenkampf gewichen haben. Ich muß jedoch gestehen, daß ich, so angenehm es mir wäre, aus einer Rezension meiner Schrift zu lernen, mit diesen Vorübergehenden nichts anfangen weiß. Durch meine Schrift zieht sich allenfalls der Gedanke, daß die politischen Rechte für die verschiedenen Gesellschaftsklassen besondere wirtschaftliche Bedeutung haben. Dieser Gedanke tritt schon im einleitenden Kapitel reichlich hervor, wo ich die Stellungnahme von Marx, Engels, Lassalle zu den Verfassungsfragen ihrer Zeit schildere. Ebenfalls enthält das Schlusskapitel „Neue Verfassungskämpfe“ im wesentlichen eine Zusammenfassung der Aktionen, die von der Sozialdemokratie auf diesem Gebiete bisher unternommen worden sind. Es gehört schon eine schulmeisterliche Pedanterie dazu, dennoch den drohenden Finger zu erheben, weil — ja weil nicht ausgerechnet die Beschriftungen gebraucht worden sind, die der Schulmeister verlangt. Dem Gen. Pannetock kommt es nicht auf den Geist einer Schrift an, sondern auf das Wort. Er könnte übrigens mit genau dem gleichen Recht oder Unrecht beispielsweise an der großen Massenstreik-Resolution des Wiener Parteitags mitleiden, die sich gleichfalls „demokratischen Illusionen“ ergibt, da sie ja „nur“ die politische Gleichberechtigung fordert und „nur“ um dieser „Illusion“ willen die Arbeiterklasse zur Vorbereitung der heftigsten Kampfmittel auffordert.

Auch vor größten Sinnesstellungen hütet sich Gewisse Pannetock nicht. Zu meinem oben zitierten Satz „Die volle Gleichberechtigung“ usw. sagt er:

„Im zweiten Satz wird gerade, als ob wir mitten in der sozialistischen Gesellschaft ständen, und doch handelt es sich nur“ um die politische Gleichberechtigung, um das allgemeine Wohlbefinden in der heutigen Gesellschaft, im Deutschen Reich, wo der Aufwand der Rechte der Arbeiter nicht dem Gemeinwohl, sondern nur den Kapitalisten fruchtet.“

So soll der Anschein erweckt werden, als ob meine „demokratische Illusion“ geeignet sei, geradezu dem Kapitalismus Dienste zu leisten. Dabei muß es für jeden, der nicht mißdeuten will, völlig klar sein, daß ich die Demokratie, die volle politische Gleichberechtigung gerade deshalb preise, weil sie der Arbeiterklasse die Möglichkeit gibt, ihre Kräfte in ihrem eigenen Interesse zu entfalten.

Im zuletzt zitierten Satz Pannetock's offenbart sich aber bereits das Wehement seines Vorgehens gegen meine „demokratischen Illusionen“. Es handelt sich, sagt er, „nur um die politische Gleichberechtigung im deutschen Reich“. Dieses „nur“ ist wahrlich erstaunlich. Die politische Gleichberechtigung im deutschen Reich nur eine ganze Unberücksichtigung, von der zu reden sich vielleicht kaum lohnt! Und noch einen Schritt weiter: Pannetock gelangt von der erhabenen Veringelung der politischen Gleichberechtigung im deutschen Reich zur angstvollen Sorge für den Fall, daß es einmal wirklich zu dieser politischen Gleichberechtigung kommen würde. Er verkündet das Lehrgewort:

„Wenn aber gemeint sein soll, daß wir für unsere Klasse kämpfen und in dieser Weise der ganzen Gesellschaft nützen, so sind die Sätze nicht weniger falsch. Denn um für eine Klasse all seine Fähigkeiten aus höchste anzuwenden und den Weiteren aller um die beste Leistung zu warten, braucht der Arbeiter nicht auf das Wahre zu warten. Das tut er auch so; nicht seine Gleichberechtigung, sondern gerade seine Rechtslosigkeit läßt in ihm unerwünschte Kräfte ausfallen.“

Im Text heißt es statt nur „nicht nur“, offenbar ein Schreib- oder Druckfehler.